

II-981 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

## A N F R A G E

Nr. 574/J

1987-06-24

der Abgeordneten Dr. Müller, Roppert, Strobl, Mag. Guggenberger, Weinberger und Genossen

an den Bundesminister für Landesverteidigung

betreffend die neue Einberufungspraxis zum Präsenzdienst

Mit Erlaß des Bundesministers für Landesverteidigung (Herbst 1986) wurde eine ab 1.7.1987 anzuwendende neue Einberufungspraxis verfügt. Ab diesem Datum soll der Einberufungsbefehl drei Monate vor dem Einberufungstermin zugestellt werden (bisher: sechs Monate).

Diese neue Praxis kann nun dazu führen, daß bei der Einberufung ausgelernter Lehrlinge die Bestimmungen des Arbeitsplatzsicherungsgesetzes unterlaufen werden können (Weiterverwendungspflicht).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher an den Herrn Bundesminister für Landesverteidigung die

## A n f r a g e:

1. Welche Gründe waren für die Neuregelung der Einberufungspraxis maßgebend?
2. Welche Maßnahmen sind ins Auge gefaßt, daß die nachteiligen Wirkungen für die Lehrlinge vermieden werden?